

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**9. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 31.01.2002**

**(15.05 Uhr bis 21.35 Uhr)**

Frage Nr. 191 .....	15
Stadtverordneter Joachim Biermann, FDP: .....	15
Stadträtin Jutta Ebeling: .....	15
Frage Nr. 192.....	16
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: .....	16
Stadtrat Nikolaus Burggraf: .....	16
Frage Nr. 193.....	17
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: .....	17
Stadträtin Jutta Ebeling: .....	17
Frage Nr. 194.....	18
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	18
Stadtrat Franz Frey: .....	18
4. Verabschiedung Tagesordnung II.....	41
<b>5. Bildung des 12. Sozialrathauses "Dornbusch".....</b>	<b>19</b>
Vortrag des Magistrats vom 21.12.2001, M 276	
Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU: .....	19
<b>Stadtverordnete Jutta Ditzfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>21</b>
Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD: .....	22
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE: .....	24
Stadtverordneter Heinz Daum, CDU: .....	27
Stadtrat Franz Frey: .....	29
6.1 Informationskampagne zum Gewaltschutzgesetz.....	30
Antrag der SPD vom 07.11.2001, NR 342	
6.2 "Gegen das Wegsehen - Kampagne gegen häusliche Gewalt".....	30
Antrag der SPD vom 07.11.2001, NR 343	
6.3 Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache (Gewaltschutzgesetz).....	30
Antrag der GRÜNEN vom 23.10.2001, NR 296	
Stadtverordnete Brigitte Enzmann, SPD: .....	30
Stadtverordnete Ulrike Gauderer, GRÜNE: .....	32
Stadtverordnete Astrid Heil, CDU: .....	35
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: .....	37
Stadtverordnete Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, CDU: .....	38
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	39

dieses Thema wird uns ab dem 1. Januar des nächsten Jahres treffen - die Grundsicherung führen dazu, dass wir erheblich mehr Arbeit in den Sozialrathäusern zu leisten haben. Nur, auch das wurde in der Fragestunde schon ganz kurz thematisiert, es gibt so einen Grundsatz, das Konnexitätsprinzip, salopp gesagt, wer bestellt, bezahlt. Das ist etwas, was ich wirklich vermisse, dass daran etwas lauter erinnert wird.

(Beifall)

Unsere Oberbürgermeisterin hat das im Namen des Deutschen Städtetages auf der Jahrespressekonferenz für alle Städte in Deutschland getan. Nicht nur wir haben dieses Problem. An der Situation anderer Städte gemessen geht es uns noch relativ gut. Die Forderung der Übernahme der Aufgaben der Sozialhilfe durch den Bund ist eine sehr wesentliche an dieser Stelle. Denn wir können nicht auf der einen Seite den Kommunen Steuerquellen wegnehmen, beispielsweise durch die Steuerreform und auf der anderen Seite den Kommunen mit Blick auf die Bundestagswahl steigende Sozialausgaben durch Wohltaten verordnen.

(Beifall)

An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass uns Stadtkämmerer Glaser anlässlich der Sitzung zur Einbringung des Haushaltes sehr deutlich gezeigt hat, wohin es mit den Sozialausgaben hier in Frankfurt geht. Deshalb ein Appell an Sie alle hier: Helfen Sie uns, dass dieses Konnexitätsprinzip wieder Bedeutung in der Politik gewinnt. Ansonsten gefährden auch Sie unser Sozialsystem hier in Frankfurt, denn dann wird es nicht mehr bezahlbar sein.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich will es kurz machen. Dem Vortrag M 276 kann ich zustimmen. Das Problem ist ein anderes. Bis heute Nacht um 1.00 Uhr standen auf der Tagesordnung II zwei inhaltliche Punkte, die Herzklinik und die Mobilfunkstationen. Seit 11.00 Uhr gibt es eine Tagesordnung, das Thema Herzklinik wurde von der Tagesordnung genommen und es wurden sechs neue Tagesordnungspunkte mit einigen Unterpunkten in die Tagesordnung aufgenommen. Das heißt, bezogen auf diesen Tagesordnungspunkt ...

(Zurufe)

Das hat mit Zuspätkommen nichts zu tun. Das hat mit Ihren Taktierungen etwas zu tun. Zu denen sage ich auch gleich noch etwas, Herr Vowinckel. Schneiden Sie sich nicht ins eigene Fleisch.

Das heißt, die großen Fraktionen verlangen: Wir haben folgende Alternativen. Erste Alternative ist, dass wir uns auch mit Ein-Person-Fraktionen binnen ein oder zwei Stunden in sechs bis zehn Punkten einarbeiten. Alternative zwei: Wir reden aus der hohlen Hand und mengen ein bisschen herum. Diese Art von Reden überlasse ich lieber anderen Leuten. Drittens: Oder wir haben grundsätzlich alle die rund 170 Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung II vor jeder Sitzung im Kopf und sind so vorbereitet, dass wir mit jeder Form von taktischem Schachzug, auch von Herrn Vowinckel, umgehen können. Das halte ich für eine übertriebene Anforderung. Fakt ist: Sie wissen meistens längst, was sie irgendwann vorbereiten und auf der Tagesordnung haben wollen, außer es gibt interne Konkurrenzen. Das betrifft insbesondere die CDU und SPD. Ich befürchte, dass es in diesem jetzt furchtbar früh beginnenden Bundeswahlkampf - der mich jetzt schon zu langweilen beginnt - häufiger vorkommen wird, dass aus der Tagesordnung einer Parlamentssitzung ein riesiges Geheimnis gemacht und dieses erst am Tag der Sitzung gelüftet wird. Was die Leute draußen nicht wissen, ist, dass es uns gar nichts nützt, wenn wir dann selbst einen Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufnehmen, da dieser natürlich nicht in der Reihenfolge der Anmeldungen, sondern in der der Wahler-

gebnisse, also in meinem Fall immer auf Punkt neun irgendwann gegen 23.00 Uhr oder Mitternacht, aufgenommen wird. Aber immer wird der Punkt, den die CDU anmeldet, auch wenn es fünf Minuten vorher ist, als inhaltlicher Punkt eins und bei der SPD als Punkt zwei in die Tagesordnung aufgenommen.

(Zurufe)

Sie hätten vor ein paar Tagen sagen können, dass Sie diesen Punkt auf die Tagesordnung nehmen wollen, dann hätte man zu dieser Debatte eine richtige Debatte führen können. Was Sie jetzt tun ist, einen Punkt, der wahrscheinlich sowieso Konsens ist, auf die Tagesordnung zu nehmen, weil er Ihnen imagemäßig gut tut und eine Debatte geradezu verhindert. Das ist das Problem. Wenn Sie allerdings sehen, dass in der Sondersitzung Punkte plötzlich ausführlich inhaltlich behandelt werden können, dann könnte es sein, dass Sie sich im Geheimen - dann will ich gerne dabei helfen - nach mehr Sondersitzungen sehnen, dann soll der Sache so abgeholfen werden. Was Sie tun, ist - die Verwaltung ist daran nicht schuld -, Sie informieren regelmäßig die Öffentlichkeit falsch, die zu einer Tagesordnung der Stadtparlamentssitzung eingeladen wird, deren Tagesordnung überhaupt nicht stimmt. Niemand, auch von Ihrem Klientel, weiß, dass dieser Punkt heute auf der Tagesordnung steht, da er im Amtsblatt gar nicht veröffentlicht werden konnte. Eine Bitte an die Medien: Vergleichen Sie einmal die Tagesordnung in den Amtsblättern seit Beginn dieser Periode mit den Tagesordnungen, die dann wirklich stattgefunden haben. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. So hält man sie fern. Entweder kommt man vorbei, da man uns irgendwie anschauen möchte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das jemanden interessiert. Das Zweite ist, dass Leute, die an bestimmten Punkten Interesse haben, zum Beispiel am Sozialrathaus oder am Thema Gewalt gegen Frauen, erst hinterher durch die Medien erfahren, dass ein Thema behandelt wurde, das sie hätte interessieren können. Das geht nicht.

Es bleibt der Eindruck, dass die eigentlichen Debatten inzwischen in der Viererrunde stattfinden und nicht mehr hier. Das finde ich bedauerlich. Ausnahmsweise habe ich, das will

ich nicht oft tun, hier zur Form und zum Rahmen der Diskussion geredet, da es einen direkten inhaltlichen Bezug hatte, auch zu den Möglichkeiten, die kleine Fraktionen heute von Ihnen bekommen haben. Ich will die inhaltlichen Punkte auf den Punkt, der noch geblieben ist, nachdem wieder verschoben wurde, der Tagesordnungspunkt Herzklonik ist ja weg, dann später zum Thema Mobilfunk machen. Obwohl es indirekt zum Punkt, zur Form und zum Rahmen der Sitzung heute war, hätte ich trotzdem gerne eine Antwort. Ich will nicht, dass das geregelt wird, dass es jetzt Fristen gibt, die noch länger sind. Da muss eine Flexibilität sein, da muss Spontaneität sein. Aber die Punkte, die Sie heute in die Tagesordnung aufgenommen haben, da gibt es keinen rationalen Anlass, außer irgendwelchen taktischen Manövern, warum diese so spät auf die Tagesordnung gekommen sind.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Frau Ditfurth, der Stadtverordnete Schenk wollte eine Zwischenfrage stellen.

(Zurufe)

Ja, das geht von Ihrer Zeit ab.

(Zurufe)

Dann hat als Nächster das Wort Herr Stadtverordneter Feldmann.

**Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD:**

Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich gebe zu, dass es mich heute Morgen etwas kalt erwischte hatte, als ich gehört habe, dass dieses Thema in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Ich glaube nicht, zur Ehrenrettung der Kollegen von der CDU, die das angemeldet haben, dass die das aus ... aufgenommen haben, sondern weil das Thema ein Problem ist, das Ihnen Probleme macht und über das Sie diskutieren wollen. Ich versuche zu verstehen, warum es in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

7.	6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallgebühren in der Stadt Frankfurt am Main - Abfallgebührensatzung (AbfGS).....	41
	Vortrag des Magistrats vom 16.11.2001, M 233 <u>hierzu</u> : Antrag der CDU vom 05.12.2001, NR 414	
	Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	42
	Stadträtin Jutta Ebeling:.....	43
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	45
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	47
	Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:.....	48
	Stadtverordneter Bernhard Mertens, CDU:.....	49
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	51
	Bürgermeister Joachim Vandreike:.....	52
	Stadtverordneter Walter Ofer, SPD:.....	52
	Stadträtin Jutta Ebeling:.....	54
	Stadtverordneter Bernhard Mertens, CDU:.....	54
8.	Ausländer wollen keine Kommunalen Ausländervertretungen (KAV)!.....	56
	Antrag der REP vom 05.11.2001, NR 331	
9.	<b>Mobilfunkstationen: Für zukunftsweisende mobile Kommunikation mit Vorsorge gegen mögliche gesundheitliche Belastungen - aber bitte auch bei den städtischen Gesellschaften!</b> .....	56
	Antrag der GRÜNEN vom 10.12.2001, NR 428	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	57
	<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>58</b>
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	60
	Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU: .....	61
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	63
	Stadtrat Edwin Schwarz:.....	66
	Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	67
	Stadtrat Nikolaus Burggraf:.....	69
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	73
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	75

-----

in Frankfurt nicht möglich ist, eine Einigung mit den Betreibern zu erzielen und die verschiedenen Mobilfunkstationen innerhalb des Stadtgebietes öffentlich zu nennen, wie das in anderen Städten offenbar möglich ist. Warum sollte es in Frankfurt unmöglich sein? Es ist doch gerade die fehlende Transparenz in der Sache, die für die größte Unruhe sorgt. Ich möchte zu dieser Frage, die immer mehr Bürger in den Ortsbeiräten stellen, eine Antwort haben.

Ein weiterer Punkt ist - und damit möchte ich schließen, denn wir werden zu diesem Thema mit Sicherheit eine angeregte Diskussion bekommen -, dass eine große Gefahr darin besteht, dass ein Unterschied zwischen Mobilfunkstationen auf öffentlichen Gebäuden und der öffentlichen Hand zugehörigen Immobilien, zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften, auf der einen Seite und Mobilfunkstationen, die auf Privathäusern errichtet werden, auf der anderen Seite, entsteht. Dagegen gibt es einen steigenden Widerstand in der Bevölkerung. Die Leute melden sich bei uns, wenn sie in der Nachbarschaft auf dem Haus eine Mobilfunkstation entdecken, und wir bekommen vom Magistrat gesagt, dass wir nichts machen können, das sei absolute Privatsache. Aber wie soll das zusammenkommen, dass wir bestimmte Sicherheitsgarantien oder Sicherheitsstandards bei öffentlichen Gebäuden oder Gebäuden von Wohnungsbaugesellschaften verabschieden, aber diese Sicherheitsstandards nicht auf Privathäusern garantieren können. Das wird sich die Bevölkerung mit Sicherheit nicht gefallen lassen. Es wird eine steigende Zahl von Bürgerinitiativen geben, die dagegen angehen werden. Ich habe mit solchen Leuten gesprochen und kann das verstehen. Es ist absolut deprimierend, wenn sich die Leute an die Stadt wenden und die Stadt ihnen nur sagen kann, das Problem existiert für uns nicht, weil wir darauf keinen Einfluss haben. Die Bürger sagen dann zu Recht, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Soviel für die Diskussion, die mit Sicherheit lebhaft werden wird. Ich bin kein Spezialist in dieser Frage, weiß auch nicht ob die Mobilfunkstationen wirklich eine schädliche oder unschädliche Wirkung haben. Ich verstehe in dieser Frage einiges nicht und glaube, dass hier über das Thema diskutiert werden sollte.

Vielen Dank!

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Vielen Dank Herr Hübner! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Hallo!

Ich möchte kurz etwas zu dem Antrag der GRÜNEN sagen, dem man so nicht zustimmen kann, da er zwei Fehler enthält, die den ganzen Antrag ausmachen. Der erste ist, dass auf Gebäuden im Besitz städtischer oder stadtnaher Gesellschaften, Stiftungen und Vereine in Nachbarschaft zu Orten mit empfindlicher Nutzung - also Kindereinrichtungen, Kinderspielplätze, Krankenhäuser und so weiter - nur Sendeanlagen mit gegenüber der 26. BImSch-Verordnung verringerten Anlagegrenzwerten zugelassen werden sollen. Aber darin sind zwei Fehler enthalten. Einerseits müsste man sich generell bei den allgemeinen Wohngebieten nach den restriktiven Vorschriften richten, andererseits sollten in der Nähe von Orten mit empfindlicher Nutzung überhaupt keine Anlagen aufgestellt werden, das ist doch selbstverständlich. Dem Antrag kann man also so nicht zustimmen. Vielleicht ist er missverständlich ausgedrückt. Sollte er verändert werden, könnte man noch einmal darüber nachdenken.

Das andere ist der Zwischenbericht. Leider wusste ich nicht, dass man die Anträge, die im Gesundheitsausschuss zusammen mit dem Antrag NR 428 diskutiert wurden, aktiv auf die Tagesordnung der Plenarsitzung hätte setzen müssen, da ich mich auf sie beziehen will. In dem Bericht des Magistrats, B 896, wird gesagt, dass in Frankfurt jeder Betreiber so viel Mobilfunkanlagen bauen kann wie er will. Das ist der Sinn dieses Berichtes. Zwar gäbe es erste Rechtsprechungen, aber bauaufsichtlich bestehe kein dringendes Bedürfnis, gegen bestehende Anlagen einzuschreiten. Anstatt also Kataster zu erstellen und Baugenehmigungspflicht aus-

zusprechen - die Sache zu erfassen, regeln, orten und erst einmal zu überprüfen -, lässt man Freiwuchs zu und sagt, wir prüfen hinterher und lassen noch Jahre vergehen. Dann steht das alles und hat Schaden angerichtet.

Die wenigen Mobilfunkanlagen, die die Stadt überhaupt genehmigen musste, seien nicht speziell erfasst, so dass diese Frage nicht beantwortet werden kann. Es ist ulkig, dass die Unterlagen zu genehmigten Anlagen offenbar weggeworfen werden, weil man sonst die Frage, wie viel genehmigte Anlagen es wo gibt, hätte beantworten können.

Es gibt nur ein kleines Gesundheitsproblem. Es ist nicht wirklich beruhigend, wenn der Magistrat antwortet, dass in den Mietverträgen des Liegenschaftsamtes ausdrücklich vereinbart sei, dass die Gesellschaft zusichert, dass durch Errichtung und Betrieb der Funkfeststationen keine Gesundheitsgefährdung für die auf dem Grundbesitz lebenden oder arbeitenden Personen verursacht werden. In einer dicht besiedelten Stadt ist es eine hübsche Aussage, und demnächst werden wir wahrscheinlich beschließen, dass die Sonne ab jetzt blau ist.

Der Bericht hat gewiss auch die Eltern der Kinder der Grundschule in Harheim beruhigt - um ein Beispiel herauszunehmen, das heftig diskutiert wird -, die direkt neben den Mobilfunkanlagen auf der evangelischen Kirche am Wetterhang liegt. In diesem Kirchturm waren zwei Mobilfunkanlagen mit zwölf Antennen von T-Mobil versteckt. Das kam erst heraus, als eine dritte Anlage, von VIAG Interkom, gebaut wurde, die dort nicht mehr hineinpasste, weil der Turm schon so voll war und man sie deshalb draußen montieren wollte. Davon hatte die Kirche ihren braven Gemeindefürsorge nichts erzählt, aber da sah man das dann und es gab Aufregung. Die Kinder sind in den Mietverträgen des Liegenschaftsamtes nicht erfasst, da sie nicht auf dem Grundstück wohnen und arbeiten. Sie spielen nur gleich neben der Kirche, in deren Turm zum Wohle des Klingelbeutels der Vertreter Christi drei Mobilfunkanlagen nach dem Motto errichtet hat: „Lasse die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich“. Das bekommt gleich eine andere Bedeutung.

Der Magistrat beruhigte uns aber wieder und sagt, die Anlagenbetreiber verfügen nämlich über eine allgemeine Haftpflichtversicherung. Ist das nicht nett, und ich zitiere: „Diese Versicherung kommt auch für gesundheitliche Schäden auf, sofern der Nachweis erbracht wird, dass elektromagnetische Einflüsse der Mobilfunkanlagen die Ursache für Gesundheitsschäden sind. Ich erinnere mich - manchmal gibt es Déjà-vu-Reflexe im Kopf, wenn man solche Sachen liest - an das hohnschallende Gelächter aus den Reihen der CDU-Fraktion - einige der Vertreter von damals, an die ich mich genau erinnere, sitzen hier auch heute noch -, als wir 1981 oder 1982 zum ersten Mal in der Plenarsitzung eine Debatte über das Waldsterben erzwangen. Heute redet man nicht mehr darüber, der Wald stirbt vor sich hin, aber damals hatte die CDU-Fraktion noch Probleme, das Wort zu buchstabieren. Ich erinnere mich an die Behauptung, Atomenergie sei ungefährlich, weil sie nicht stinke und unsichtbar sei.

Nun gut, Probleme gibt es mit gepulsten Hochfrequenzstrahlungen und zwar in vielerlei Hinsicht. Schon ganz harmlose Dinge wie Schlafstörungen können die Leute auf Dauer extrem krank machen. Es gibt Berge von Studien, die man nachlesen kann und alle, die sagen, das ist noch nicht nachgewiesen, argumentieren verkehrt herum. Derjenige, der etwas betreiben will, der Profit aus etwas ziehen will, sollte nachweisen, dass seine Einrichtungen nicht gesundheitsschädigend sind. Hier muss der einzelne Mensch der Telekom nachweisen, dass spezifische Krebserscheinungen bei seinem Kind von der Einrichtung der Firma verursacht wurden. Sie wissen genau, dass dies nicht geht. Man braucht sich nur die armen Menschen anzuschauen, die bei den Holzschutzgeschädigtenprozessen nach vielen Jahren und unendlichem Aufwand an Lebenszeit und Geld doch noch verloren haben. Längst ist die Schädigung und die Auswirkungen auf das Nervensystem, die Gehirnströmung, den Hormonstoffwechselbereich, das Erbgut oder die Fruchtbarkeit bewiesen. Ich verweise auf Grund der Zeit auf die Studien der Uniklinik Lübeck oder das Sozialmedizinische Institut Bremen.

Es gibt wieder neuere Gutachten und Stellungnahmen von der Anhörung im Landtag. Es gibt in Frankfurt längst Bürgerinitiativen in



Harheim, Gallus oder Heddernheim, die sich mit einer unendlichen, für mich fast nicht mehr verständlichen Geduld bemühen, konstruktive Vorschläge zu machen, um die Politiker hier im Haus zu überzeugen, was ihnen im Moment noch nicht gelingt. Es gibt Gerichte, wie das in Düsseldorf, die längst ein vollkommenes Verbot für solche Anlagen in Wohngebieten ausgesprochen haben.

In Frankfurt hat man, wie gesagt, noch nicht einmal die Genehmigungsunterlagen für die Anlagen, die man erlaubt beisammen. Es gibt eine Stellungnahme der evangelischen Kirche in Harheim, die mich wirklich entzückt hat. Sie hat erst heimlich gebaut, als es herauskam mit den Leuten gesprochen und rühmt sich nun, dass sie Gespräche führt. Was ich auch nett finde ist, dass sie in ihrer Stellungnahme mit der Überschrift: „Der Kirchturm, ein Stein des Anstoßes“ andere Kirchen verpetzt. Irgendwie sind manche Christen immer noch furchtbar verlogen. Sie sagt nicht nur, wir machen das, nein, auch die Katholiken machen das. Im Bistum Münster soll die katholische Kirche ein Viertel der 900 Kirchen, also weit über 200 Kirchen, mit Sendeanlagen versehen haben. Das andere ist, dass sie dann auch noch aus der Bibel zitieren und sagen, sie seien ein guter Haushalter, denn sie hätten die ihnen anvertrauten Zentner vermehrt und das Gebot der Christenliebe erfüllt. Sie spendeten auch für Projekte wie das Leben nach Tschernobyl. Dann können sie sich auch Gedanken über Stiftungen gegen Kinderkrebs und zur Aufklärung über diese Krankheit machen.

Der Satz im Magistratsbericht: „Die Versicherung kommt auch für gesundheitliche Schäden auf, sofern der Nachweis erbracht wird, dass elektromagnetische Einflüsse der Mobilfunkanlagen die Ursache für die gesundheitlichen Schäden sind“, bedeutet, dass nicht die Betreiber, sondern die Geschädigten Beweise sammeln müssen.

An dieser Stelle will ich eine Frage an das Plenum richten: Wer von den hier anwesenden Stadtverordneten kann sagen, dass er oder sie keine Aktien von irgendeinem Kommunikationsanbieter, zum Beispiel Telekom hat.

**Stellvertreter**  
**Stadtverordnetenvorsteher**  
**Jost Arnsperger:**

Frau Stadtverordnete Ditfurth, Ihre Redezeit ist abgelaufen, bitte kommen Sie zum Ende Ihrer Rede.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
**(fortfahrend)**

Dann möchte ich bitte mit einem letzten Satz abschließen, sonst wird die Frage nicht deutlich.

Diejenigen, die Aktien haben, dürften in diesem Raum eigentlich gar nicht mit abstimmen, weil sie interessenverfälscht sind, denn sie profitieren als Aktionäre von solchen Betrieben. Erstens von Entlassungen und Arbeitslosigkeit und zweitens auch von enthemmtem Bau und den gesundheitsschädigenden Folgen für die Menschen durch solche Anlagen.

Danke!

**Stellvertreter**  
**Stadtverordnetenvorsteher**  
**Jost Arnsperger:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Dr. Dähne, PDS-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:**

Herr Vorsteher,  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte etwas zur Strahlung sagen. Wir sind als Menschen sehr starken Strahlungen ausgesetzt, sowohl von der Erde als auch den kosmischen Strahlungen.

**Stellvertreter**  
**Stadtverordnetenvorsteher**  
**Jost Arnsperger:**

Entschuldigung! Könnten Sie vielleicht wieder etwas mehr zur Ruhe kommen, sonst kann Herr Dr. Dähne sich hier nicht durchsetzen.



dieser Stadt die Standorte sind - das ist die Frage des Katasters - und drittens - dazu haben wir auch einen Antrag gestellt - richten wir eine Koordinierungsstelle ein, bei der die Bürger die Möglichkeit haben, mit städtischen Experten und den Mobilfunkbetreibern die betreffenden Fragen zu besprechen. Leider wurde auch diesem Antrag nicht zugestimmt.

Wir müssen in der Frage des Umgangs mit Gesundheitsrisiken ein Risikomanagement haben, aber daran mangelt es oft. Vielleicht werden wir den Antrag - wenn Sie darüber nachdenken - in ein paar Monaten erneut stellen können und wir hoffen, dass Sie dann auch auf Grund des Drucks in der Bevölkerung bereit sind, einen solchen Weg mitzugehen.

Ich danke Ihnen!

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Herr Majer, es gibt eine Zusatzfrage von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(Zusatzfrage)

Da Frau Weißbach gekniffen hat, muss ich Sie das fragen.

Würden Sie mir helfen, folgenden Widerspruch zu klären: In Harheim beträgt der Abstand des Kirchturms zu den Mobilfunkanlagen, zum Hort und der Grundschule 20 bis 45 Meter. Die Bürgerinitiative hat konstruktiv einen Ersatzstandort außerhalb des bebauten Gebiets im Abstand von etwa 300 Metern zu den nächsten Häusern vorgeschlagen. Meine Frage ist: Kann es sein, dass die CDU-Ortsvorsteherin und die Abgeordneten hier gegen schärfere Bestimmungen sind, weil sie außerhalb des Umkreises von 300 Metern wohnen, aber für die Kinder es nicht nahe genug sein kann? Kann es etwas damit zu tun haben, dass die Ortsvorsteherin 300 Metern vom alternativ vorgeschlagenen Standort wohnt?

**Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:**  
(fortfahrend)

Das ist eine sehr exzessive Auslegung einer Frage an mich, die in Wirklichkeit an Frau Weißbach gerichtet ist. Vielleicht sollten Sie das direkt klären. Ich denke, dass es sinnvoll ist, wenn dieser Vorschlag geprüft wird, was wir GRÜNEN beantragt haben. Wir hoffen, dass der Magistrat dies klärt, doch dabei muss abgewogen werden, ob es sinnvoller ist, in 300 Meter Entfernung einen sehr starken Sendemast oder möglicherweise mehrere schwächere zu haben. Da erwarte ich vom Gesundheitsamt, dass es uns ein paar sachdienliche Hinweise zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Standorten liefert.

**Stellvertretender  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jost Arnsperger:**

Es gibt noch eine Zwischenfrage. Die Redezeit ist längst beendet, es geht alles zu Lasten Ihrer Redezeit Ihrer, Frau Bender. Bitte sehr!

**Stadtverordnete Annerose Bender, CDU:**  
(Zwischenfrage)

Herr Majer, wie erklären Sie sich, dass es in Zukunft - wir haben das alle aus der Presse erfahren - in fast jedem Haushalt ein zweites Handy gibt, wenn die Menschen so viel Angst vor dieser Strahlung oder vor den Gesundheitsrisiken haben. Warum verzichten sie nicht auf ihre Handys. Sie haben doch sicher auch eines, Sie müssten anfangen, darauf zu verzichten. Nur wenn wir alle kein Handy benutzen, brauchen wir die Antennen nicht.

(Beifall)

**Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:**  
(fortfahrend)

Das ist im Sinne einer allgemeinen Debatte eine philosophisch tiefgehende Frage. Nur, wir haben hier etwas anderes zu diskutieren. Wir haben nicht nur darüber zu diskutieren, wie wir uns als Individuen verhalten, sondern wir haben als Stadtverordnete den Auftrag, für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, auch der Menschen, die kein Handy haben, zu sorgen.